

Vom Nutzen der DDR-Akten für die deutsche Geschichte

Tagung des Landeshauptarchivs Schwerin am 25. April 2008

„Wert und Last des DDR-Erbes in den Archiven“

I.

Will man die Wertschätzung der Gründungsdokumente einer Nation sinnlich erleben, empfiehlt es sich, das National Archiv in Washington mitten im politischen Zentrum der amerikanischen Hauptstadt zu besuchen. Der neoklassizistische Bau aus dem Jahr 1935 erinnert an einen antiken Tempel und in ihm präsentiert das Archiv der Öffentlichkeit die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Bill of Rights und die Verfassung. Die Kette der Besucher reißt nie ab, unter ihnen viele Schulklassen, die ehrfurchtsvoll einen Blick auf die Gründungsdokumente ihres Staates werfen, die das Selbstverständnis ihrer Nation enthalten, dass auch in Zukunft gültig sein soll.

Wir Deutschen haben ein solches Verständnis von unserer Verfassung nicht und wer unsere Geschichte der letzten 250 Jahre einigermaßen überblickt, kennt auch die Gründe, warum dies so ist. Erst das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1949, das nur als Organisationsstatut eines provisorischen Teilstaates geschrieben worden ist, wurde zu einer gelebten Verfassung und behielt diesen Status nach der deutschen Vereinigung. Erst durch die Vereinigung verlor sie ihren provisorischen Charakter.

Die demokratischen Verfassungen davor, zeugen vom Scheitern deutscher Demokraten und Republikaner im Kampf gegen die Übermacht der Feinde solcher Verfassungen. Die Verfassung der Paulskirche von 1848 blieb Entwurf und die von Weimar 1919 scheiterte 1933. Der Sieg der Nationalsozialisten verdeutlichte die bittere Wahrheit, dass diese erste deutsche Republik nicht genügend Republikaner besaß, um sie gegen ihre totalitären Feinde zu schützen.

Die Zeugnisse des deutschen Sonderwegs zur Demokratie, gemessen an dem der Vereinigten Staaten, der mit einer erfolgreichen demokratischen Revolution 1776 begann, liegen in unseren Archiven. Zu diesem Sonderweg, treffender wäre wohl Umweg, zählt auch die Geschichte der DDR. Sie war weder eine Demokratie noch eine Republik. Die SED sprach von ihrem Staat als „Diktatur des Proletariats“. Als

nach 1990 die Zeithistoriker begannen, von der zweiten deutschen Diktatur zu sprechen, erhob der Historiker Hans Mommsen zu Recht Einspruch. Er verglich die Diktatur der SED mit der der Nationalsozialisten, die zweifelsfrei ein Ergebnis der politischen Entwicklung in der Weimarer Republik war. Die Kommunisten dagegen eroberten ihre Machtpositionen in der sowjetischen Besatzungszone nicht aus eigener Kraft, den Sturz der Nazi-Diktatur verdankten sie dem Sieg der Roten Armee. Nach dem Ende des vom nationalsozialistischen Deutschland vom Zaun gebrochenen Weltkrieges und der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht erhielten die Moskauer Kader der KPD die Macht als sowjetisches Lehen in deren Besatzungszone.

In Bezug auf die Herrschaft der SED empfahl Mommsen, künftig von einer Diktatur in Deutschland zu sprechen, um diesen historischen Unterschied zu den Nationalsozialisten und zur Genese der Entstehung nach 1945 deutlich werden zu lassen.

Unabhängig von dieser terminologischen Klarstellung über die historisch zutreffende Charakterisierung der DDR in der deutschen Geschichte bleibt folgende Tatsache: Die DDR war ebenso wie die Bundesrepublik das Ergebnis der Niederlage des Deutschen Reiches in dem von ihm angezettelten Zweiten Weltkrieg. 1945 verlor das Land seine Souveränität. Beide Teilstaaten existierten genau 40 Jahre und nach 1990, als die neu gebildeten Länder der DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitraten, beendete dieser Schritt die Systemkonkurrenz zwischen den antagonistischen Staaten und unsere Teilungsgeschichte. Um die Länge dieser Periode zu erfassen, empfiehlt es sich, sie beispielsweise mit der Dauer des von Bismarck geschaffenen Deutschen Reiches zu vergleichen, es hatte eine Lebensdauer von 47 Jahren, als es 1918 nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg unterging.

Nach dieser Einleitung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Ihnen mein Verständnis der Bedeutung von staatlichen Archiven bereits deutlich geworden, sie sind für mich die institutionelle Sicherung des kollektiven Gedächtnisses des Weges der Deutschen und ihres Schicksals. Die 44 Jahre SBZ/ DDR sind ein Teil dieses Weges, die Geschichte dieses Staates kann ohne sein Archivgut nicht geschrieben und verstanden werden.

II.

Mommsens These von der von außen implantierten, zweiten Diktatur in Deutschland lässt sich mit den SED-Akten mühelos belegen, diesen Beleg will ich Ihnen auch präsentieren.

Im Unterschied zu der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung behandelte die SED die eigentliche Gründungsurkunde ihres Staates bis 1989 als Partei- und Staatsgeheimnis, dazu hatte sie allen Grund. Bis zur Öffnung des SED-Archivs waren die Notizen von Wilhelm Pieck über das Gespräch von Moskau Kadern der KPD mit Josef W. Stalin und der sowjetischen Führung am 4. Juni 1945 unter Verschluss. Im Vorfeld der Konferenz von Potsdam und parallel zur Etablierung der Vier-Mächte-Kontrollen über Deutschland wurde in Moskau die Programmatik der KPD festgelegt und die Zusammensetzung ihrer Führung bestimmt. In dieser Notiz findet sich unter dem Stichwort „Perspektive“ der Eintrag:

„Es wird zwei Deutschlands geben – trotz aller Einheit der Verbündeten.“¹

Die Einheit Deutschlands sollte „eine ein[heitliche] KPD“ garantieren. Es war ein Kampfauftrag, der sich gegen die Besatzungspolitik der Westmächte richtete und auf den Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck bereits vorbereitet waren, denn sie wussten bereits, in der SBZ würden sie von der Besatzungsmacht unterstützt werden. In Piecks Notiz findet sich im Hinblick auf die Zulassung deutscher Parteien in der SBZ die Notiz „SPD, Zentrum – nicht von uns fördern“. In der SBZ ging es somit von vornherein nicht um den Aufbau einer pluralen Parteienlandschaft, so sehr sich dies nichtkommunistische Demokraten auch wünschten. Die KPD wurde beauftragt, einen Block der vier zugelassenen „antifaschistischen“ Parteien zu formieren und zu führen. Diese Entscheidungen im Kreml hatten einen Vorlauf, der ebenso wie diese Notiz von Pieck bis 1989 Partei- und Staatsgeheimnis war.

Parallel zu den Arbeitsgruppen, die im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten Pläne über die sowjetische Einflussphäre in Europa nach dem Sieg über Hitler ausarbeiteten, gab es in Moskau 1944 eine Arbeitsgruppe von Moskau Kadern der KPD, die über die Politik ihrer Partei unter den Bedingungen der alliierten Okkupation Deutschlands nachdachten. Drei Monate bevor die Alliierten in der Normandie landeten, formulierte Wilhelm Florin am 6. März 1944 die Grundfrage

¹ Beratung am 4.6.1945 um 6:00 Uhr bei Stalin, Molotow, Shdanow, in: Badstübner, Rolf / Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck- Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 50.

deutscher Politik nach dem Krieg: Ost- oder Westorientierung Deutschlands. Florin: „Wir stellen nicht die Frage so: Ost- oder Westorientierung? Wir sagen: Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarn und besonders enge Freundschaft mit der Sowjetunion. Wir müssen uns heute schon darauf einstellen, dass das Problem enger Freundschaft mit der Sowjetunion morgen noch viel mehr ein Problem der Lebensexistenz des deutschen Volkes und Deutschlands ist und dass das noch viel schärfer als Scheidelinie zwischen Reaktion und Fortschritt hervortritt als heute. Das Problem ist heute schon nicht mehr nur eine Klassenfrage, sondern eine nationale Frage.“²

Schon in diesen Beratungen wurde betont, dass die KPD nach dem Krieg zur „staatsaufbauenden Partei“ in der SBZ werden sollte. Ihre Chance bekamen die Moskauer Kader in der SBZ, als die sowjetische Führung die verkörperte 1945 Josef Stalin, ihnen vor den alliierten Entscheidungen über Deutschland der KPD die „führende Rolle“ beim Wiederaufbau deutscher Staatlichkeit in seiner Besatzungszone zuwies.

Damit war der politische Grundstein für die Entstehung dieser zweiten Diktatur in Deutschland gelegt. Die Frage nach der Verantwortung für die Teilung Deutschlands löst heute nicht mehr den quälenden Schmerz aus, den die Erlebnisgenerationen erlitten, als sie ohnmächtig zusehen mussten, wie der Graben zwischen Ost und West unaufhaltsam vertieft wurde und die Mauer wuchs. Trotzdem ist die Geschichte der Deutschen nach 1945 noch immer ein aktuelles Thema, das die Historiker nicht ohne das Archivgut aus der DDR bearbeiten können.

III.

Die Bedeutung dieser Überlieferung für die Bürger wurde schon während der friedlichen Revolution in der DDR deutlich.

Die Sicherung der Stasi-Akten durch Bürgerkomitees im November/Dezember 1989 in den Bezirks- und Kreisdienststellen vor der angeordneten Vernichtung war ein zentraler Konflikt mit der SED-Regierung, um die Demokratisierung der DDR unumkehrbar zu machen. Mit der Sicherung dieser Akten und der Auflösung des MfS begann die Aufarbeitung dieser Diktatur, es war eine Geschichtspolitik von unten.

² Florin, Wilhelm: Die Lage und die Aufgaben in Deutschland bis zum Sturz Hitlers, in: Eler, Peter/ Laude, Horst/ Wilke, Manfred (Hg.): Nach Hitler kommen wir, Berlin 1994, S. 144.

Die Konzentration auf die Auflösung der Stasi in der friedlichen Revolution war eine politische Notwendigkeit, ohne diesen Schritt wäre der Sturz der SED-Herrschaft und der Sieg der Demokratie in der DDR nicht möglich gewesen. So ergab es sich aus der Konstellation, dass es die Stasi-Akten und nicht die der Partei waren, die zum Symbol für die Sicherung der kollektiven Erinnerung an die SED-Diktatur und ihre zersetzende Repression wurden. Jahrzehntlang hatte die Firma „Horch und Guck“ gespitzelt, um die Frage des MfS-Ministers Erich Mielke zu beantworten: „Wer ist wer in der DDR?“ Sie wurde in der friedlichen Revolution nun umgekehrt. Jetzt wollten die Betroffenen wissen: Wer war unter unseren Familienangehörigen, Freunden, Kollegen und Bekannten ein Spitzel, was hat er berichtet und warum hat er das getan?

Der Weg zu diesem Ziel schien einfach, Jürgen Fuchs schrieb: „Die Stasi-Besetzer in Gera dachten es sich so: Unterlagen finden und veröffentlichen, dann ist alles klar.“³ Klar sollte sein: Wer waren die Spitzel, welche Verbrechen wurden vom MfS begangen und wer war dafür politisch verantwortlich?

Das MfS hat aber nicht nur gespitzelt, es hat auch verhaftet und verhört und es betrieb die DDR-Spionage, vornehmlich in Westdeutschland. Schon im Oktober 1989 war den Tschekisten befohlen worden, Spuren ihrer Verbrechen zu beseitigen, ihre Spitzel, die wichtigsten „Inoffiziellen Mitarbeiter“ zu schützen, indem ihre Personalakten vernichtet wurden. Die Bürgerkomitees stoppten die Aktenvernichtung und sicherten die vorhandenen Akten in den Bezirksverwaltungen vor der Vernichtung.

Die Öffnung der Geheimpolizeiakten der DDR wurde zu einem Symbol für die friedliche Revolution. Die betroffenen Menschen in der DDR hatten entschieden, dass sie die Informationen über ihre Leben in diesen Akten, die widerrechtlich und ohne Respekt vor einer menschlichen Intimsphäre gesammelt wurden, kennen müssen. Die Öffnungen der Stasi-Akten wurde von unten erzwungen und damit auch zugleich die Frage beantwortet, welche Bedeutung haben diese Akten für die Geschichte der Deutschen in der DDR. Diese waren Zeugnisse der Unterdrückung, der Verfolgung Andersdenkender und des widerständigen Verhaltens von Menschen in einer Diktatur, die es zu erhalten galt.

Es gab auf seitens der Bürgerrechtler auch einen aktuellen politischen Grund auf der schnellen Aktenöffnung zu beharren: Es ging um die Sicherung der demokratischen

³ Fuchs, Jürgen: Magdalena, Berlin 1998, Seite 138.

Verwaltung, der freigewählten Parlamente und öffentlicher Institutionen in den neuen Bundesländern vor dem Eindringen von verdeckt operierenden Stasi-Seilschaften. Moralisch gewichtiger war noch, die Akten dienten als Grundlage für die Rehabilitierung der Opfer dieser diktatorischen Gewaltherrschaft.

Die Sicherung der MfS-Akten vor der beabsichtigten Vernichtung gehöre somit zur Geschichte der friedlichen Revolution von 1989 gegen die SED-Diktatur – die erste siegreiche demokratische Revolution der deutschen Geschichte und die Voraussetzung für die Wiedervereinigung.

Die Gegner der SED in der DDR waren in dieser Konstellation 1990 trotzdem weit gehend allein, als sie auf der Aufklärung, vor allem über die Untaten der Staatssicherheit im SED-Staat bestanden und für die Öffnung der Akten eintraten. Die westdeutsche Politik und Öffentlichkeit hielten diese Frage nur für ein Randproblem.

Am Umgang mit den Westspionen des MfS und dem Verbleib der Stasi-Akten entzündete sich im Sommer 1990, der erste geschichtspolitische Ost-West-Konflikt. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) wollte eine Amnestie für die MfS-Spione, er sah in ihrer Tätigkeit „teilungsbedingte Straftaten“, die hinter uns liegen. Der Plan scheiterte. Der Innenminister hatte die Widerstände unterschätzt.⁴ Es war der Auftakt für den Konflikt um die Akten selbst. Beide deutschen Regierungen beabsichtigten im Einigungsvertrag „eine restriktive Nutzung der Stasi-Akten festzulegen“.⁵ Die Unterlagen sollten dem Bundesarchiv übergeben werden. Einen vergleichbaren Vorschlag hatten im Dezember 1989 die MfS-Generäle der DDR-Regierung unterbreitet, danach sollten die Akten dem zentralen Staatsarchiv der DDR übergeben werden. „Dabei müssten über Unterlagen, die Rückschluss auf die 'Quellen' erlauben, eine ‚Sperrfrist 50 Jahre‘ wie in den USA verhängt werden.“⁶

Die endgültige Regelung wollten beide Regierungen dem 1990 noch zu wählenden ersten gesamtdeutschen Bundestag überlassen. Nach dem diese Vereinbarung bekannt wurde, besetzten Bürgerrechtler Räume in der früheren Stasi-Zentrale in Berlin, um die Öffnung der Akten zu erzwingen. Der Protest war erfolgreich. Beide Regierungen mussten ihr Vorhaben aufgeben und nach einem Beschluss der Volkskammer die Öffnung der MfS-Akten akzeptieren. Der nächste Bundestag sollte

⁴ „Das Vorhaben erhielt (nicht von seinen Autoren) den Namen 'Stasi-Amnestie', und damit war eigentlich sein Scheitern schon besiegelt.“, in: Schäuble, Wolfgang: Der Vertrag, Stuttgart 1991, S. 271.

⁵ Schäuble, Wolfgang: ebenda, S. 274.

⁶ Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende, Berlin 1999, S. 663.

eine gesetzliche Regelung schaffen, die den Opfern ein Auskunftsrecht über den Inhalt der vom MfS über sie gesammelten Informationen sicherte und die Akten sollten auch der politischen, historischen und juristischen Aufarbeitung der Tätigkeit der Geheimpolizei zur Verfügung stehen.

Dieses Gesetz war die erste Grundsatzentscheidung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur seitens des Bundestages. Zur Verwaltung der Akten und der Sicherstellung der Aktenauskunft wurde eigens die Behörde des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ errichtet.

Die Akteneinsicht symbolisiert die Selbstbefreiung der DDR-Gesellschaft von der Atmosphäre der Lüge und des Misstrauens, die eine direkte Folge ihrer flächendeckenden Überwachung durch das MfS war. Um die Bedeutung dieser Frage für die Gesellschaft der DDR zu verstehen, genügt es schon, an die Dimension des Überwachungsapparates zu erinnern. Die Debatte um Verbleib und Verwendung der 178 km laufenden MfS-Akten ließ überdeutlich die Asymmetrie der Betroffenheit erkennen, die in der deutschen Gesellschaft in Bezug auf diese Diktaturgeschichte bestand.

Es dauerte lange, bis diese Aktenöffnung als Akt der Selbstbefreiung durch Aufklärung⁷ auch von Politikern im Westen verstanden wurde. Bundeskanzler Helmut Kohl hat seinen Lernprozess 1994 so beschrieben: „Wenn ich heute zurückschaue, dann halte ich diese Entscheidung von damals für richtig, wenngleich ich zeitweise daran gezweifelt habe. Ich fürchtete, der ganze Unrat, der da hochkommen würde, könnte das Klima in Deutschland vergiften. Dies ist nicht eingetreten, weil es die Opfer verstanden haben, mit dieser düsteren Hinterlassenschaft verantwortungsbewusst umzugehen.“⁸

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz war ein Votum für den Prozess der Aufklärung über die SED -Diktatur und der konnte nicht ohne öffentliche Kontroversen verlaufen.

⁷ Im zweiten Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Republik, den er 1995 dem Deutschen Bundestag vorlegte, werden die Ergebnisse einer Untersuchung des psychologischen Instituts der Universität Hamburg über die Bedeutung der Akteneinsicht für die betroffenen Bürger referiert. Auf die Frage, welche Bedeutung die Akteneinsicht für sie gehabt habe, „antworten 58 %, sie wüssten jetzt, dass die Staatssicherheit alle wichtigen Lebensbereiche ausgeforscht habe, 95 % der Befragten sind der Auffassung, es sei richtig gewesen, die Unterlagen einzusehen. 80 % geben an, die Situation sei danach nicht mehr so belastend.“ Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/1750, 29.6.95, Sachgebiet 252, S. 17.

⁸ Kohl, Helmut: „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargestellt von Diekmann, Kai/ Reuth, Ralf Georg, Berlin 1996, S. 463 f.

IV.

1992 wuchs die politische Einsicht, die öffentliche Verhandlung über die Diktatur in der DDR und ihren Platz in der deutschen Geschichte war unabweisbar geworden. Der Abgeordnete Markus Meckel (SPD) schlug eine Enquete-Kommission des Bundestages zur DDR-Geschichte vor: „Der Deutsche Bundestag, als höchstes gewähltes Gremium, mit Abgeordneten aus ganz Deutschland, trägt besondere Verantwortung für die Aufarbeitung dieser Geschichte.“⁹ Durch die Einbeziehung aller Parteien im Bundestag, auch der SED-Fortsetzungspartei PDS, konnten die unterschiedlichen Perspektiven auf die Geschichte dieser Diktatur und der Teilung als dem gemeinsamen Schicksal der Deutschen nach 1945 zur Geltung kommen.

Die Einsetzung der Enquete-Kommission „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“¹⁰, war die zweite geschichtspolitische Grundsatzentscheidung des Bundestages. Sie nahm unter Vorsitz von Rainer Eppelmann (CDU), ebenfalls ein Pfarrer aus der DDR, im Frühjahr 1992 ihre Arbeit auf.

Die Einsetzungsdebatte der Kommission im Bundestag stand wenige Wochen nach der Öffnung der Stasi-Unterlagen-Behörde ganz im Zeichen der MfS-Problematik. So sprach der Abgeordnete Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen) über erste persönliche und politische Erfahrungen im Umgang mit diesen Akten. Nachdrücklich verteidigte er die Aktenöffnung. Betroffen und empört prangerte er den interessen geleiteten Umgang mit den bitteren Wahrheiten der Opfer an, die sie aus ihrer Akteneinsicht gewonnen hatten. In diese Kritik bezog er auch Teile der Justiz ein, die den Wahrheitsgehalt der Akten bezweifelten und die dazu neigte, den nachträglichen Interpretationen der MfS-Zeugen zu glauben, wie z.B. dem Oberst a.D. Wiegand im Fall des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe (SPD): „Unerträglich finde ich es auch, wenn Stasi-Täter als Kronzeugen aufgerufen werden, um je nach Interessenlage andere zu be- oder entlasten, wenn sie als glaubwürdig gelten, die von ihnen selbst angelegten Akten aber als unglaubwürdig,

⁹ SPD-Bundestagsfraktion, Rundbrief, Bonn, vom 28. November 1991: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel fordert die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur politischen Aufarbeitung von 40 Jahren Vergangenheit der DDR, zit. nach: Petra Bock: Von der Tribunal-Idee zur Enquete-Kommission, in: Deutschlandarchiv, Heft 11/1995, 28. Jg., S. 1176.

¹⁰ „Einmalig für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg war das Unterfangen, dass ein deutsches Parlament sich selber die Aufgabe der 'Vergangenheitsbewältigung' stellte.“ Hansen, Dirk: Befreiung durch Erinnerung, zur Arbeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages in: Deutsche Studien, Vierteljahreshefte der Ost-Akademie e.V., Lüneburg, Heft 125, XXXII. Jahrgang, März/Juli 1995, S. 71.

oder wenn sie sich andererseits unter Berufung auf eine ihnen von anderen Tätern auferlegte Schweigepflicht weiterhin in ihren Villen verschanzen. Die Fortsetzung der öffentlichen Auseinandersetzung darf nicht behindert werden. Jedoch sind eindeutige Feststellungen und zugleich eine sehr viel differenziertere Betrachtungsweise als bisher nötig. Nach der Durchsicht meiner mehr als 10.000 Blatt umfassenden 'Sammlung' in den letzten zehn Wochen darf ich sagen, dass das Stasi-Unterlagengesetz vorerst hinreichende Voraussetzungen für die Aufarbeitung dieser Akten bietet.“¹¹

Die Ausführungen des Abgeordneten gipfelten in dem leidenschaftlichen Appell an die westdeutsche Öffentlichkeit, eine Wahrheit über ihre Landsleute aus der DDR zur Kenntnis zu nehmen: „Wir waren kein Volk von Widerständlern, aber noch weniger eines von Denunzianten.“¹² Präziser hat selten ein Politiker den Grund für die Öffnung der MfS-Akten formuliert, wie es Gerd Poppe in dieser Debatte tat. Es war zugleich eine Antwort auf die von interessierter Seite ins Spiel gebrachte Behauptung: Die Akten lügen!

Mit der Einsetzung dieser Enquete-Kommission rückte der Bundestag eine ganz andere Dimension der Aufarbeitung in den Vordergrund. Unter den demokratischen Parteien bestanden Einigkeit darüber, dass es nicht zugelassen werden kann, dass die Geschichte der DDR auf die Stasi-Thematik reduziert wird. Im Interesse der Demokratie in Deutschland war es notwendig auch zu der kommunistischen Diktatur einen klaren Trennungsstrich zu ziehen. Die Einsetzungsdebatte der Kommission zeigte aber auch, wie eng „Aufarbeitung“ und „Bewältigung“ einer Diktaturgeschichte als Thema politischer Kommunikation mit Tagesfragen und Interessen der verschiedenen Akteure verknüpft waren. Das zentrale Thema der Kommission war der SED-Staat, seine Entstehung, die Herrschaftsstrukturen, seine Ideologie aber auch die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik und Opposition und Widerstand in der DDR.

Aus der Perspektive des republikanischen Staatsmannes bestimmte Willy Brandt in seiner letzten Parlamentsrede vor seinem Tod die Herausforderung der sich die Kommission stellen musste. Sie war für ihn ein notwendiger moralisch-politischer Beitrag zum Vereinigungsprozess. Die Auseinandersetzung mit dem SED-Erbe

¹¹ Debatte des Deutschen Bundestages 12.3.1992, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hrsg. vom Deutschen Bundestag, 9 Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden 1995, Materialien Bd. I, S. 50 f., künftig zitiert als Materialien.

¹² Ebenda, S. 53.

wurde von ihm „als gesamtdeutsche Aufgabe verstanden“.¹³ Erinnern für die Zukunft, die Kommission sollte auch zu jener Aussöhnung beitragen, „die Wahrhaftigkeit voraussetzt“. Nachdrücklich mahnte er an dieser Stelle zum demokratischen Konsens, „wo es um das Unglück geht, das dem anderen Teil Deutschlands widerfuhr, als wir miteinander die Nazi-Herrschaft hinter uns hatten. ... Es kann jetzt schon gar nicht angehen, dass die Landsleute in den missverständlich so genannten neuen Ländern alleingelassen werden, wo es darum geht, das ihnen unter sowjetischer Herrschaft und kommunistischer Diktatur auferlegte bedrückende Kapitel deutscher Geschichte aufzuarbeiten und so ordentlich wie möglich hinter sich zu bringen.“¹⁴ Voraussetzung war für ihn die „Aufdeckung und Aufklärung“ über Strukturen und Methoden der SED-Diktatur, dies sollte im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen, „zumal wo es um die Machtzentren von Partei, Staat und so genannter Staatssicherheit geht, und wo es sich um das Ausmaß der unterschiedlich festzumachenden Verantwortung handelt.“¹⁵

Klar und unmissverständlich sprach sich der Altkanzler gegen alle Versuche aus, einen Schlussstrich unter diese Diktaturgeschichte zu ziehen. „Ich halte gerade nach den Jahren 1933 bis 1945 wenig oder nichts von der Therapie des Gras-wachsen-lassens. Es kann aber auch nicht darum gehen, Schuld dort abzuladen, wo sie nicht hingehört.“¹⁶ Diese Klärung war möglich, weil sich die Archive der DDR öffneten.

V.

Während der Konstituierung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ wurde die Frage der Verfügung über das zentrale Parteiarchiv der SED zwischen der PDS und der Bundesregierung durch Gründung einer unselbstständigen Stiftung im Bundesarchiv politisch gelöst und durch die Novellierung des Bundesarchivgesetzes vom 13. März 1992 ermöglicht. Diese Stiftung sollte auch zuständig sein für die Archive der Massenorganisationen und der SED-Blockparteien. Bezogen auf die SED-Überlieferung blieb die PDS Eigentümerin der Akten und ist es bis heute. Wie im Fall des MfS wurde die Sperrfrist aufgehoben. Das Archivgut wurde nach den Regeln des Bundesarchivs erschlossen und der Forschung zur Verfügung gestellt. Aus Sicht der

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Bericht, in: Materialien, a.a.O., Bd. I, S. 32.

¹⁶ Ebenda.

Enquete-Kommission war das einen vertretbaren Kompromiss „zwischen der ursprünglich erhobenen Forderungen nach 'Verstaatlichung' der betreffenden Unterlagen einerseits und der Forderung nach ihrer Zuordnung zu einem neu zu gründenden unabhängigen Forschungsinstitut andererseits.“¹⁷

Die Enquete-Kommission bildete 1992 sofort einen Arbeitskreis „Archive“, der sich in seiner Arbeit vor allem auf das SED-Parteiarchiv konzentrierten. Es ging uns um die Frage der Aktenvernichtung 1989/90 und wer sie zu verantworten hatte. Wir wussten bereits, dass die Überlieferung der Abteilung Verkehr im SED-Zentralkomitee, die für die operative Durchführung der Westarbeit zuständig gewesen war, einschließlich der Finanzierung von KPD/DKP oder der DFU nahezu vollständig vernichtet wurde. Das Ergebnis unserer Recherchen war, die Aktenvernichtung fand nicht im Parteiarchiv selbst, sondern in den Büros der ZK-Sekretäre und der Politbüro-Mitglieder statt, die viele Vorgänge aus ihrem Bereich, auch wenn sie abgeschlossen waren, nicht an das Parteiarchiv abgaben. Dieser Befund war damals sehr wichtig, er entlasteten die Archivare des Parteiarchivs von einem für die Angehörigen dieser Zunft ehrenrührigen Verdacht aus Parteiraision Zeugnisse der Vergangenheit vernichten zu haben. Ein Großteil von ihnen wurde vom Bundesarchiv übernommen, dies geschah ohne Probleme und das lag auch an der Arbeit der Archivegruppe dieser Enquete-Kommission, deren Mitglieder den Aufbau von SAPMO zum Teil bis heute begleitet haben.

Einer der betroffenen Akteure von 1989, der damalige Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofe hat 17 Jahre später den Befund der Kommission über die Aktenvernichtung im Parteiapparat selbst eindrucksvoll am Beispiel der Unterlagen über die Wahlfälschung der Kommunalwahlen 1989 bestätigt. Als Mitglied des Arbeitsausschusses der SED, die den Sonderparteitag im Dezember vorbereitete, gab er die Zusammenstellung dieser Unterlagen in Auftrag. Einige Wochen später wurde dem stellvertretenden Vorsitzenden der SED-PDS gemeldet: Es ist alles vernichtet!¹⁸

Der Abschlussbericht von 1994 begrüßte ausdrücklich die für die MfS-Akten gefundene Lösung und verteidigte das Stasi-Unterlagen-Gesetz gegen diejenigen, die einen Schlussstrich forderten. So schlug beispielsweise damals der Wittenberger

¹⁷ Bericht in Materialien, a.a.O., Band I, S. 651.

¹⁸ Wilke, Manfred: „Wenn wir die Parteien retten wollen, brauchen wir Schuldige“. Interview mit Wolfgang Berghofer, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, Berlin 2007, S. 396-421.

Pfarrer Friedrich Schorlemmer ein „Freudenfeuer“ mit den Stasi-Akten vor. Es sollte ein „reinigendes Feuer“ sein, in dem gleichsam die Zeugnisse der Verbrechen der Stasi und das Leid ihrer Opfer dem Vergessen überantwortet werden. Die Kommission dagegen stand für die Aufklärung dieser deutschen Geschichte und sie wollte die Archive geöffnet sehen und warnte nur vor einer Überschätzung der Stasi-Akten.

Angesichts der aktuellen Diskussion um die Überführung der MfS-Unterlagen in das Bundesarchiv ist es ganz nützlich, sich an das Votum der Enquete-Kommission von 1994 zu erinnern: „Es sollte jedoch immer wieder betont werden, dass es bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit nicht nur um die Akten des Staatssicherheitsministers gehen kann. Die Enquete-Kommission hat sich deshalb mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass auch die Akten aus anderen zentralen DDR-Behörden für die wissenschaftliche Nutzung möglichst weitgehend zugänglich gemacht wurden.“¹⁹

Ohne es ausdrücklich zu formulieren, bedeutete diese Feststellung auch: die DDR-Archive insgesamt sind von nationaler Bedeutung für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dieses Urteil wurde vom Bundestag, der den Bericht zustimmend zur Kenntnis nahm, ausdrücklich gebilligt.

VI.

Der letzte Teil meiner Ausführungen soll sich nocheinmal mit dem Schicksal des zentralen Parteiarchivs der SED befassen, das für die historische DDR-Forschung unersetzlich bleibt. Wie jeder wissen sollte, waren SED-Politbüro und sein zentraler Parteiapparat die Macht- und Steuerungszentrale dieses Staates.

Als die Volkskammer über die Verstaatlichung der Parteiakten im September 1990 debattierte, wurde der sowjetische Botschafter bei Ministerpräsident Lothar de Maizière vorstellig, denn „diese Frage berührt unmittelbar Interessen der UdSSR. Deshalb wurde de Maiziere aufgefordert, von einem solchen Antrag Abstand zu nehmen [...] Genosse Falin schloss nicht aus, dass man vor Inkrafttreten des Zwei plus Vier-Vertrages auch mit einer möglichen Nutzung der Verantwortlichkeiten der UdSSR als Besatzungsmacht operieren könne. Die Archivfrage wird bewusst gegen die PDS missbraucht.“ Im Bericht der Vertreter der PDS-Kommission internationale Politik heißt es dann weiter, die PDS-Bewertung des Antrags der

¹⁹ Bericht, a.a.O., S. 650.

anderen Fraktionen auf Verstaatlichung des Parteiarchivs, er habe „ausgesprochen politischen Charakter und enthält keine rechtmäßige Begründung“, wurde von sowjetischer Seite akzeptiert. „Unsere Anregungen zur weiteren Unterstützung der PDS-Positionen in dieser Frage über diplomatische Kanäle in der Öffentlichkeit und auf Parteiebene wurden positiv aufgenommen.“²⁰

Wie dieses Gespräch zwischen PDS-Funktionären und dem langjährigen Botschafter der Sowjetunion in Bonn nach Unterzeichnung des Zwei plus Vier-Vertrages belegt, war die Frage der Verfügung über das zentrale Parteiarchiv der SED keine reine deutsche Angelegenheit – aus sowjetischer Sicht verständlich. Festzuhalten bleibt auch, dass die PDS versucht hat, vor der Rückgewinnung der vollen staatlichen Souveränität Deutschlands, mit „brüderlicher Hilfe“ der sowjetischen Kommunisten die Kontrolle über ihr Archiv zu behaupten und eine öffentliche Nutzung dieser Akten zu verhindern. Spuren dieser Bemühungen finden sich auch noch 1991, kurz vor dem Ende der KPdSU und dem Zusammenbruch der Sowjetunion. So informiert N. Portugalow im März 1991 den Vertreter des Generalsekretärs des ZKs der KPdSU über ein Gespräch mit dem PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi, der ihn über die Absichten der Bundesregierung informierte, das ehemalige SED-Archiv „zu konfiszieren“.²¹ Portugalow skizziert die Bedeutung dieses Archivs für die Sowjetunion: „Das Archiv enthält eine Menge geheimer Dokumente, deren Veröffentlichung nicht nur für die PDS, sondern auch für die KPdSU äußerst unerwünschte Folgen hätte. Es geht insbesondere um die detaillierten Protokolle, praktisch aller Treffen und Gespräche der SED-Führung mit Führern der kommunistischen und Arbeiterparteien, angefangen von der KPdSU, um Dokumente, die mit der Tätigkeit illegaler kommunistischer Parteien zusammenhängen, die die SED (in Absprache mit uns) materiell unterstützt hat, um die Buchführung über die finanzielle Hilfe der SED an progressive Organisationen in der BRD bis zur Vereinigung Deutschlands usw.. Gysi zufolge wäre die Veröffentlichung der Dokumente aus dem Archiv eine ‚echte Katastrophe‘. Der PDS-Vorsitzende bittet die sowjetische Führung dringend, ‚solange noch Zeit ist‘, Einfluss auf Kanzler Kohl zu nehmen und bei ihm zu erreichen, dass die Versiegelung des SED-Archivs

²⁰ Information über ein Gespräch von Vertretern der PDS-Kommission Internationale Politik mit Valentin Falin, Sekretär des ZK der KPdSU, am 14. September 1990 in Moskau, in: Nakath, Detlef/ Neugebauer, Gero/ Stephan, Gerd-Rüdiger (Hg.): „Im Kreml brennt noch Licht“. Die Spitzenkontakte zwischen SPD/PDS und KPdSU 1989-1991, Berlin 1998, S. 236.

²¹ Brief von N. Portugalow an den Vertreter des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Genossen W.A. Iwaschko, vom 13. März 1991, in: Marquardt, Bernhard: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Materialien, a.a.O., Bd. VIII, S. 359.

aufgehoben, d.h., dass es den gesetzlichen Eigentümer, der PDS zurückgegeben wird. Wenn der Kanzler das nicht für möglich hält, solle das Archiv vernichtet werden. G. Gysi stellt diese Frage zum wiederholten Male: Anfang dieses Jahres hat sich auf persönlichen Hinweis von Gorbatschow die sowjetische Botschaft in der BRD vertraulich an das Kanzleramt gewandt aber ohne Ergebnis.“²²

Die 1995 vom Deutschen Bundestag eingesetzte zweite Enquete-Kommission hat den PDS-Vorsitzenden um eine Stellungnahme zu diesem Brief gebeten und seine Antwort im Schlussbericht dokumentiert. Der Brief „gebe den Sachverhalt ‚nur bedingt richtig wieder“.²³ Diese Auskunft bedarf keines Kommentars.

Diese beiden Beispiele zeigen, die internationalen politischen Bedeutung die die Verfügung über dieses Archiv für die frühere Sowjetunion besaß und welche Hoffnung die PDS bis zum Ende von KPdSU und Sowjetunion auf sie setzten, um ihre Parteigeheimnisse zu schützen. Vergeblich.

VII.

Das Fazit ist nach allem, was ich ausgeführt habe, unzweideutig: Die Öffnung der DDR-Archive für die Öffentlichkeit und die historische Forschung ist ein Ergebnis der friedlichen Revolution in der DDR. In meinem Verständnis der staatlichen Archive als institutionelles Gedächtnis der Nation bleibt die DDR-Überlieferung auch für die Nachgeborenen unverzichtbar.

Literaturverzeichnis

Monographien

Badstübner, Rolf/ Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994

²² Ebenda.

²³ Schlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SPD-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien, acht Bände in 14 Teilbänden, Baden-Baden 1999, Bd. I, S.563.

Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hrsg. vom Deutschen Bundestag, 9 Bände in 18 Teilbänden, Band I. Baden-Baden 1995

Marquardt, Bernhard: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. VIII

Schlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SPD-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien, acht Bände in 14 Teilbänden, Baden-Baden 1999, Bd. I,

Erler, Peter/ Laude, Horst/ Wilke, Manfred (Hg.): Nach Hitler kommen wir, Berlin 1994

Fuchs, Jürgen: Magdalena, Berlin 1998

Kohl, Helmut: „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargestellt von Diekmann, Kai/ Reuth, Ralf Georg, Berlin 1996

Nakath, Detlef/ Neugebauer, Gero/ Stephan, Gerd-Rüdiger (Hg.): „Im Kreml brennt noch Licht“. Die Spitzenkontakte zwischen SPD/PDS und KPdSU 1989-1991, Berlin 1998

Schäuble, Wolfgang: Der Vertrag, Stuttgart 1991

Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende, Berlin 1999

Beiträge aus Periodika

2. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des

Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Republik, in: Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/1750, 29.6.95, Sachgebiet 252,
Petra Bock: Von der Tribunal-Idee zur Enquete-Kommission, in: Deutschlandarchiv, Heft 11/1995,

Hansen, Dirk: Befreiung durch Erinnerung, zur Arbeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages in: Deutsche Studien, Vierteljahreshefte der Ost-Akademie e.V., Lüneburg, Heft 125, XXXII. Jahrgang, März/Juli 1995,

Wilke, Manfred: „Wenn wir die Parteien retten wollen, brauchen wir Schuldige“. Interview mit Wolfgang Berghofer, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, Berlin 2007, S. 396-421